Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/6762
23. 03. 90

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 28. März 1990
am Donnerstag, dem 29. März 1990

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

1. Abgeordneter **Austermann** (CDU/CSU)

Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung zum Schutz deutscher Kutterfischer zu ergreifen, um das Anlanden illegal gefangener Fische vor der Nordseeküste zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

2. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Wie erklärt und rechtfertigt die Bundesregierung, daß der Staatssekretär im Bundesminsterium für innerdeutsche Beziehungen, Dr. Priesnitz, in Beantwortung einer am 8. März 1990 von mir Staatsminister Dr. Stavenhagen gestellten Frage am 16. März 1990 erklärt, daß „von keinem Bundesministerium oder obersten Bundesbehörde an politische Parteien oder Gruppierungen in der DDR Sachspenden oder sonstige Zuwendungen gewährt worden" seien, obwohl das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung – ebenfalls auf Grund von mir gestellter Anfragen – bereits am 28. Februar und am 8. März 1990 zugeben und bestätigen mußte, dem Demokratischen Aufbruch eine Druck-, zwei Falt- und eine Schneidemaschine unentgeltlich zur Verfügung gestellt zu haben?

3. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Was hätte an Verkaufserlösen erzielt werden können, wenn die vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung dem Demokratischen Aufbruch gespendeten Maschinen über die VeBeG verwertet worden wären, und wie hoch ist der Wert der bisher von den in der Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen genannten politischen Stiftungen bei Bundesministerien im Rahmen der DDR-Sonderaktion abgerufenen und dort ausgesonderten Gegenstände?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

4. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, wann in Frankreich die Entscheidung über die Anbindung des TGV-Ost über Straßburg in die Bundesrepublik

Deutschland erfolgt, und bis zu welchem Zeitpunkt erwartet die Bundesregierung Übereinstimmung über die Streckenführung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich?

5. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Bis wann wird die Bundesregierung eine Regelung erlassen, wonach die alten Motorradsturzhelme, die zwar nicht amtlich genehmigt, aber den Anforderungen der Verkehrssicherheit entsprechen, weiterverwendet werden dürfen, und wird dann denen, die bisher kostenpflichtig verwarnt wurden, die Verwarnungsgebühr zurückerstattet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

6. Abgeordneter **Dr. Niese** (SPD)

Treffen Darstellungen der Sendung „Plus-Minus" zu, wonach entlassene Spitzenmanager in Absprache mit ihren vorherigen Arbeitgebern im Grunde unzulässig Arbeitslosenunterstützung bis zu mehreren tausend DM monatlich beziehen, obwohl diesen arbeitslosen Managern von ihren Konzernen hohe Abfindungssummen gezahlt werden, ohne daß diese Abfindungen, wie bei anderen Arbeitslosen auch, auf das Arbeitslosengeld angerechnet werden?

7. Abgeordneter **Dr. Niese** (SPD)

Trifft es zu, daß dieses Verfahren von den Konzernen und Großunternehmen bereits seit zehn Jahren betrieben wird und die Bundesanstalt für Arbeit auf Grund gesetzlich fehlender Regelungen auf diese Weise rund 400 Millionen DM jährlich an arbeitslose Manager zahlen muß?

8. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Hält die Bundesregierung unter Bezug auf ihre Antworten vom 12. Februar 1990 auf Frage 22 (Drucksache 11/6497) nach wie vor die Personalausstattung der Bundesanstalt für Arbeit für die Wahrnehmung der umfangreichen Aufgaben für ausreichend, und wie ist die derzeitige Belastung der Beschäftigten?

9. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Wie viele Überstunden sind zum Beispiel seit 1989 insgesamt und getrennt nach Landesarbeitsämtern geleistet worden?

10. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Weches andere wissenschaftliche Gremium soll bei einer eventuellen Auflösung des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen die weiteren Reformschritte bei der Kassenorganisation oder im Krankenhausbereich wissenschaftlich vorbereiten und begleiten?

11. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, künftig zu diesem Gutachten eine Regierungserklärung abzugeben, damit analog zur Wirtschaftspolitik mit der Diskussion des Sachverständigengutachtens auch in der Gesundheitspolitik eine grundsätzliche Debatte im Parlament erfolgen kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

12. Abgeordneter **Antretter** (SPD)

Welche Anstrengungen hat die Bundesregierung unternommen, damit die Raketenstützpunkte in Mutlangen und auf der Waldheide von Heilbronn vollständig geräumt werden und einer zivilen Nutzung zugeführt werden können?

13. Abgeordneter **Dr. Feldmann** (FDP)

Wie beurteilt es die Bundesregierung, daß in den vergangenen Monaten verstärkt Wehrpflichtige mit einer Ankündigungszeit von nur zwei oder drei Wochen zum Wehrdienst einberufen wurden und sich demzufolge kaum auf die neuen Lebensumstände einrichten können, und wie wird sie sicherstellen, daß es zukünftig nicht mehr zu solch kurzen Einberufungsfristen kommt?

14. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Welche militärischen Einrichtungen, Einheiten und Anlagen der Bundeswehr und der Alliierten befinden sich im südhessischen Raum, insbesondere auf dem Gebiet des Kreises Bergstraße?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

15. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)

Hat die Bundesregierung angesichts ihrer – nach Pressemeldungen – positiven Entscheidung über die von der Elektrizitätswirtschaft/DWK vorgelegten Musterverträge zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennelemente aus deutschen Leichtwasserreaktoren, die diese mit der französischen Firma COGEMA und der British Nuclear

Fuels (BNFL) ausgehandelt haben, die angekündigte Prüfung der Anlagen von La Hague und Sellafield nach deutschen Sicherheitsmaßstäben bereits abgeschlossen, und in welcher Form werden diese Ergebnisse veröffentlicht?

16. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)	In welchen Preishorizonten bewegen sich die angestrebten Abmachungen mit den Anlagen-Betreibern von Sellafield und La Hague über die Bearbeitung der deutschen Atomabfälle, und wann sollen die ersten Hin- und Rücklieferungen erfolgen?
17. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)	Von welchen Zeitangaben zu Kernschmelzunfällen nach Störfalleintritt geht die Bundesregierung aus, und sollen auf der Grundlage dieser Zeitangaben Katastrophenschutzpläne ausgerichtet werden?
18. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)	Welche Kosten fallen für die Entsorgung von Glühbirnen und für Kompakt-Leuchtstofflampen an, und in welchem Verhältnis stehen diese Kosten zum spezifischen Energieverbrauch der jeweiligen Lichtquelle?
19. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)	Sind der Bundesregierung Verfahren bekannt, wie das Abfallaufkommen bei Kompakt-Leuchtstofflampen (z. B. Quecksilber, Cadmium, Blei, Strontium) durch Recycling vermindert werden kann, und um welche Verfahren handelt es sich?
20. Abgeordneter **Opel** (SPD)	Welche ökologischen Belastungen entstehen bei der Herstellung von Kompakt-Leuchtstofflampen (alt/neu), und in welcher Weise und mit welchem Aufwand könnten diese vermindert werden?
21. Abgeordneter **Opel** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, ob die Herstellung von Kompakt-Leuchtstofflampen (alt/neu) im geschlossenen Kreislauf möglich ist und dabei sichergestellt werden kann, daß keine Belastungen für Luft, Wasser und die sonstige Umwelt eintreten können?
22. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)	Welche Rohstoffe und andere Materialien werden bei der Herstellung von Kompakt-Leuchtstofflampen (alt/neu) verwendet, und wie beurteilt sie deren Verwendung unter umweltpolitischen Gesichtspunkten?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

23. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Ist der Bundesregierung die Hauptstelle für Befragungswesen, Zweigstelle Düsseldorf, Immermannstraße 11, bekannt, wenn ja, welche Aufgaben hat diese Bundesbehörde?

24. Abgeordneter **Stahl (Kempen)** (SPD)

Hält die Bundesregierung eine derartige Einrichtung insbesondere nach den politischen Entwicklungen in Osteuropa noch für notwendig und zeitgemäß, und kann die Bundesregierung negative Folgen ausschließen, wenn vorgeladene Personen der Einladung nicht folgen?

25. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

Welche weiteren Beratungshilfen haben der Bundesminister für Wirtschaft sowie das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung interessierten Besuchern aus der DDR zur Verfügung gestellt?

26. Abgeordnete **Frau Schulte (Hameln)** (SPD)

Welchen Sinn sieht die Bundesregierung in der Information, die sie unter dem Stichwort „Unsere Bundeswehr – warum und wofür?" herausgegeben hat und die keinerlei sachliche Information für die neunziger Jahre bietet?

27. Abgeordnete **Frau Schulte (Hameln)** (SPD)

Was haben diese „Bürgerinformation" und die darin angebotene Dokumentation gekostet, und in welcher Auflage werden sie jeweils aufgelegt?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

28. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie ist der Stand der Abstimmungsgespräche mit den Partnern des Schengener Abkommens über den visafreien Verkehr zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der CSSR und Ungarn, und ist bei den Gesprächen des Bundesministers des Auswärtigen in Prag am 15. und 16. März schon ein Fahrplan über den Weg zur visafreien Nachbarschaft erarbeitet worden?

29. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

Welche Schritte gegenüber der sowjetischen Regierung wird die Bundesregierung unternehmen, um die Litauer und die anderen baltischen Völker angesichts des massiven Drucks aus Moskau in ihrem Freiheits- und Unabhängigkeitskampf zu unterstützen?

30. Abgeordneter **Jäger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Regierung der UdSSR nachdrücklich darauf hinweisen, daß ihre Glaubwürdigkeit bezüglich der Achtung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sich gerade auch im Verhältnis zu den baltischen Völkern erweisen muß, deren Selbstbestimmungsrecht von Stalin und Hitler 1939 bis 1945 brutal unterdrückt worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

31. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Gehörte es zu den Aufgaben des Bundeskriminalamtes (BKA), Rechnungen des Versicherungsdedektivs Mauss an Verbände der Versicherungswirtschaft als seine privaten Auftraggeber auf ihre sachliche Richtigkeit zu überprüfen und waren die Abrechnungen (z. B. weil keine Belege anlagen) überhaupt prüffähig?

32. Abgeordneter **Dr. Emmerlich** (SPD)

Ist der Versicherungsdedektiv Mauss seinen sich aus den Vereinbarungen mit dem BKA ergebenden Berichtspflichten nachgekommen, und inwieweit ist infolgedessen das BKA über die Ermittlungstätigkeiten des Mauss in den Fällen unterrichtet, die der 11. Parlamentarische Untersuchungsausschuß des Niedersächsischen Landtages in seinem Bericht vom 9. Oktober 1989 (Drucksache 11/4380) auf den Seiten 180 bis 255 geschildert hat?

33. Abgeordneter **Hiller (Lübeck)** (SPD)

Gibt es Überlegungen, einen Beamten- bzw. Angestelltenaustausch mit der Regierung der DDR, die demnächst gebildet wird, vorzunehmen?

34. Abgeordneter **Büchler (Hof)** (SPD)

Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, auch privatrechtlich verfaßte Institutionen dafür einzusetzen, inaktive Angehörige des öffentlichen Dienstes zeitweilig in Behörden der DDR zu entsenden?

35. Abgeordneter **Büchler (Hof)** (SPD)

Wenn ja, an welche Institutionen und Modelle, z. B. in Anlehnung an das Seniorenprogramm des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, wird dabei gedacht?

36. Abgeordneter **Dreßler** (SPD)

Wie lange und wie viele Mittel – unter Abwägung der veränderten politischen Situation zwischen Ost und West und den sich stellenden staatlichen und überstaatlichen Aufgaben – sollen weiterhin für Bunkersanierung und Bunkerausbau bereitgestellt werden?

37. Abgeordneter **Dreßler** (SPD)

Wie wird die Bundesregierung reagieren, wenn Kommunen, wie z. B. Wuppertal, beschließen bzw. demnächst beschließen werden, sich – unter Berücksichtigung der vom Zeitpunkt der Antragstellung 1982/1983 bis heute völlig gewandelten politischen Lage – gegen einen Vollzug der 1989/1990 erteilten Bewilligungsbescheide (für die Stadt Wuppertal in Höhe von ca. 10 Millionen DM) des Bundesministers des Innern auszusprechen, damit die Mittel wichtigeren Zwecken zugeführt werden können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

38. Abgeordneter **Conradi** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Zuwendungen an die bisher gemeinnützigen Wohnungsunternehmen bei der Umstellung auf die Steuerpflicht – 50 oder 200 Mrd. DM –, und hat es in der deutschen Geschichte jemals vorher eine Zuwendungsaktion diesen Umfangs gegeben?

39. Abgeordneter **Roth (Gießen)** (CDU/CSU)

Wie hoch waren die Bundesergänzungszuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs an das Saarland in den Jahren 1983 bis 1989?

40. Abgeordneter **Roth (Gießen)** (CDU/CSU)

Wie hoch waren die Kapitalzuführungen des Bundes an die Saarbergwerke AG seit 1983?

41. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Wieviel Mittel hat der Bund dem Saarland im Rahmen des Strukturhilfegesetzes 1989 und 1990 zur Verfügung gestellt?

42. Abgeordneter **Dr. Rose** (CDU/CSU)

Stimmt die Bundesregierung zu, daß diese Mittel wesentlich zur Stärkung der Wirtschaftskraft des Saarlandes beitragen?

43. Abgeordneter **Schreiber** (CDU/CSU)

Wie hoch war die Nettokreditaufnahme des Saarlandes in den Jahren 1986 bis 1989 in absoluten Beträgen und in Prozent der Ausgaben?

44. Abgeordneter **Schreiber** (CDU/CSU)

Wie stellt sich die Kreditfinanzierungsquote (Anteil der Nettokreditaufnahme an den Ausgaben) im Saarland in den Jahren 1986 bis 1989 dar im Vergleich zur Gesamtheit der Bundesländer und dem Bund?

45. Abgeordneter **Borchert** (CDU/CSU)

Wie hat sich die Verschuldung des Saarlandes seit 1985 entwickelt?

46. Abgeordneter **Borchert** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den Aussagen des saarländischen Landesrechnungshofes, daß das Saarland am Rande der Zahlungsunfähigkeit stehe?

47. Abgeordneter **Ganz (St. Wendel)** (CDU/CSU)

Wie entwickelte sich die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Saarland seit 1983?

48. Abgeordneter **Ganz (St. Wendel)** (CDU/CSU)

Liegt die prozentuale Zunahme über bzw. unter dem Durchschnitt aller Länder?

49. Abgeordnete **Frau Schmidt (Spiesen)** (CDU/CSU)

Wie hoch war die durchschnittliche Zuwachsrate der Ausgaben im saarländischen Landeshaushalt in den Jahren 1986 bis 1989, und wie sieht der Vergleich mit der Ländergesamtheit und dem Bund aus?

50. Abgeordnete **Frau Schmidt (Spiesen)** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Investitionen des Saarlandes seit 1983, und wie hoch sind dabei die Eigenmittel?

51. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Sachverhalt, daß der Rechnungshof des Saarlandes die dortigen Landeshaushalte seit 1988 für verfassungswidrig erklärt hat, die saarländische Landesregierung sich jedoch über dieses Votum hinwegsetzt, indem sie beispielsweise zwei neue Ministerien einrichtet und ansonsten argumentiert, nicht Saarbrücken, sondern Bonn sei für die Haushaltsmisere verantwortlich und müsse deshalb dem Land Entschuldungshilfe in Milliardenhöhe leisten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

52. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die Zielsetzung der Vorschrift nach § 8 Ziffer 5 VOB/A, die für die Vergabe öffentlicher Bauleistungen vorschreibt, daß „Betriebe der öffentlichen Hand und Verwaltungen zum Wettbewerb mit gewerblichen Unternehmern nicht zuzulassen sind", – wegen des Schutzes der Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen durch Organisations- und Kostenvorteile bei Einrichtungen der öffentlichen Hand – auch auf volkseigene Betriebe (z. B. Baukombinate) der DDR zutrifft?

53. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Falls dem so ist, ist die Bundesregierung bereit, in Konsequenz hieraus für den Ausschluß von volkseigenen Betrieben bei öffentlichen Ausschreibungen in der Bundesrepublik Deutschland Sorge zu tragen?

54. Abgeordneter **Müller (Wadern)** (CDU/CSU)

In welcher Höhe sind Haushaltsmittel des Bundes seit 1970 an das Saarland zugunsten der dortigen Stahlindustrie geflossen?

55. Abgeordneter **Müller (Wadern)** (CDU/CSU)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die Aussage des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine, der in seiner Regierungserklärung u. a. ausgeführt hat: „Es kann nicht angehen, daß man dem Saarland den Ausgleich seiner Montanlasten verweigert . . ."?

56. Abgeordnete **Frau Würfel** (FDP)

Ist es mit den Vorstellungen der EG zur deutschen Kohlepolitik vereinbar, beispielsweise dem Saarland höhere Kohlesubventionen zu gewähren, wie es Ministerpräsident Oskar Lafontaine in der Landtagsdebatte vom 21. März 1990 als Ziel erklärt hat, in der er ausführte, er strebe u. a. deshalb das Amt des Bundeskanzlers an, weil er dann dem Saarland über die heutige Unterstützung hinaus zukünftig höhere Subventionen, insbesondere im Kohlebereich, gewähren könne?

57. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

Welche Wirkungen auf die Besucher aus der DDR versprach sich der Bundesminister für Wirtschaft, als er die Broschüre der KKB auf dem Stand des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung auf der Leipziger Messe verteilte und signierte?

58. Abgeordneter **Hiller (Lübeck)** (SPD)

Hat der Bundeswirtschaftsminister Dr. Haussmann am 12. März 1990 auf dem Stand des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung als Promotor für die KKB, als Mitglied der Bundesregierung oder als Mitglied der FDP gesprochen?

59. Abgeordnete **Frau Dr. Sonntag-Wolgast** (SPD)

Wie hoch sind unter Berücksichtigung der Lebensdauer die Gesamtkosten (Anschaffungs- und Betriebskosten) einer herkömmlichen Glühbirne im Vergleich zu einer Kompakt-Leuchtstofflampe (alt/neu)?

60. Abgeordnete **Frau Dr. Sonntag-Wolgast** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Einsatz von Kompakt-Leuchtstofflampen im Hinblick auf eine sparsame und rationelle Energieverwendung, und welche Stromeinsparung ließe sich erzielen, wenn alle herkömmlichen Glühbirnen durch Kompakt-Leuchtstofflampen ersetzt werden würden?

61. Abgeordnete **Frau Blunck** (SPD)

Welche Verfahren zur Herstellung von Kompakt-Leuchtstofflampen (alt/neu) sind der Bundesregierung bekannt, und in welchen Ländern erfolgt die Herstellung?

62. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Arbeit deutscher Experten an einem Raketenprojekt in Saudi-Arabien, und was ist aus den Plänen der Bundesregierung geworden, solche Tätigkeiten genehmigungspflichtig zu machen?

63. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie ist der Stand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen der Beteiligung deutscher Experten und deutscher Firmen an der Produktion von Mittelstreckenraketen im Irak, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung getroffen, um sicherzustellen, daß sich Personen und Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland nicht weiter an der Entwicklung und Produktion von Raketen in Ländern des Nahen Ostens beteiligen?

Bonn, den 23. März 1990

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reiserstraße 14, 5202 Hennef (Sieg), Telefon (02242) 6044, Telefax (02242) 83179
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 201363, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551, Telefax (0228) 361275
ISSN 0722-8333